

Europa im Wandel

Teil 6: Belarus ist das Land mit dem letzten diktatorischen Regime in Europa, Es liegt in der Mitte des Kontinents. In nur wenigen Jahren wird es an die Europäische Union angrenzen. Und doch wird es von den Europäern nur am Rande wahrgenommen. Das Regime von Präsident Lukaschenko ist bekannt für seine Menschenrechtsverletzungen. Vor fünf Jahren wurden deshalb die offiziellen diplomatischen Beziehungen abgebrochen, die Mitgliedschaft von Belarus in der OSZE auf Eis gelegt, das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU ebenfalls.

Ute Schaeffer hat Weißrussland besucht.

Viele Weißrussen verstehen diese Politik nicht. Denn sie fühlen sich als Europäer. Die Bevölkerung denke pro-westlich, auch wenn die offizielle Politik zur Zeit eine ganz andere Richtung nehme, meint Jurij Schewzov, Politologe und Direktor des Zentrums für Europäische Integration beim Europäischen Institut für Geisteswissenschaften in Minsk:

"Ich denke, dass Weißrussland im geopolitischen Sinne immer prowestlich gewesen ist, auch in der Amtszeit unseres jetzigen Präsidenten Alexander Lukaschenko. Was uns vom Westen trennt, sind Unterschiede in den ideologischen Einstellungen."

Die ideologischen Gräben sind in der Tat tief, wenn nicht unüberbrückbar. Nach dem Sturz von Milosevic gilt Belarus als die letzte Diktatur in Europa. Der autoritäre Staat, in dem alle Bereiche des gesellschaftlichen und politischen Lebens kontrolliert und jede Opposition systematisch unterdrückt wird, ist das Werk des Präsidenten Alexander Lukaschenko, der seit 1994 an der Macht ist. Er betrieb in den vergangenen Jahren die politische und wirtschaftliche Union zwischen Belarus und Russland. Heute ist Belarus unter allen Nachfolgestaaten der Sowjetunion derjenige mit den intensivsten politischen und wirtschaftlichen Verbindungen zu Russland; Lukaschenkos Ziel ist die vollständige politische und wirtschaftliche Union mit dem mächtigen Nachbarn.

Diese Nähe hat nicht nur ideologische, sondern auch handfeste wirtschaftliche Gründe: Als die Sowjetunion zerbrach, galt die weißrussische Republik als fortschrittlichste aller Sowjetrepubliken. Ihre Stärke war die Landwirtschaft, wo sie weit über Bedarf produzierte. Heute ist davon nichts mehr zu spüren. Landwirtschaft und Industrie überleben nur dank staatlicher Subventionen. Zehn Jahre nach der Unabhängigkeit liegt das Bruttoinlandsprodukt mit rund 30 Milliarden Dollar noch immer unter dem von 1990. Damals hatte es bei 35,2 Milliarden gelegen.

Die Union mit dem starken Russland soll das Land aus dieser Misere führen. Eine Währungsunion ist für das Jahr 2005 geplant. Noch gibt sich Moskau zurückhaltend, denn man hat wenig Interesse, das wirtschaftlich marode Weißrussland durchzufüttern. Andererseits profitiert Moskau schon heute von der wirtschaftlichen Schwäche des Nachbarn: Russische Firmen kaufen sich in die wenigen rentablen Unternehmen ein, Moskau verkauft dem angeschlagenen Nachbarn Öl und Gas zum Billigpreis, und kann im Gegenzug die weißrussischen Pipelines kostenfrei nutzen. Doch die Gefahr, dass sich Russland Belarus gänzlich einverleibe, wie manche Experten im Westen glauben, schätzt Schewzow als gering ein:

"Ich sehe überhaupt keine Möglichkeiten für Russland, irgendeinen Einfluss auf Belarus auszuüben. Russland hat keine "fünfte Kolonne" in Weißrussland. Die Russen, die hier leben, stehen mehr in Opposition zum Kreml als die Weißrussen selbst."

Die Achse Minsk - Moskau habe sich doch bewährt, meinen viele Weißrussen. Die Geschichte habe doch gezeigt, dass man aus dieser Verbindung gegenseitig Nutzen ziehe. Die sowjetische Zeit sei schließlich nicht die schlechteste gewesen, jedenfalls wenn man sie mit dem heutigen Leben vergleiche. Auch Alexander denkt so. Er wohnt mit seiner Familie in einem Vorort von Minsk. Seine Geschwister leben zum großen Teil in Russland. Wie viele Weißrussen fühlt er sich mit Russland eng verbunden. Auch deshalb hätte er nichts gegen eine Vereinigung mit dem östlichen Nachbarstaat:

"Ich bin dafür, dass sich Russland und Weißrussland vereinen. Mein Bruder wohnt in Russland. Das wäre ein sehr starker Staat. Meine Frau ist aber dagegen."

Verglichen mit den stabilen Beziehungen zwischen Moskau und Minsk, spielen die Beziehungen zu Europa bisher nur eine untergeordnete Rolle. Experten in Minsk warnen davor, die wirtschaftlichen

Aktivitäten einseitig gen Ostenausrichten. Belarus sei auch auf funktionierende wirtschaftliche Verbindungen zum Westen angewiesen, meint Jurij Schewzow:

"In den 10 Jahren seit der Unabhängigkeit war unser wichtigstes außenpolitisches Ziel die Förderung aller russischen Treibstoff- und Energieprojekte. Inzwischen haben wir unsere außenwirtschaftlichen Interessen aufgeteilt, wir importieren Rohstoffe aus Russland, Fertigprodukte und Technologien aus dem Westen."

Das offizielle Minsk schlägt inzwischen sanftere Töne an, wenn es um die Beziehungen zu Westeuropa geht. Seit der Wiederwahl von Präsident Lukaschenko im Herbst des vergangenen Jahres betonen belarussische Außenpolitiker immer wieder, dass sie einen Neuanfang in den belarussisch-europäischen Beziehungen wünschen. Belarus kann sich eine Isolation gegenüber Europa schwerlich leisten, schließlich grenzt es nach dem Beitritt Polens zur EU unmittelbar an die politische und wirtschaftliche Union Europas. Die belarussische Außenpolitik erkennt, dass das Land von seiner Position als Transferland zwischen Ost und West wirtschaftlich profitieren kann - ohne dass sich russische und europäische Interessen widersprechen. Politologen bestätigen den neuen Trend. Alexander Sosnow vom Unabhängigen Institut für Sozialökonomische und Politische Studien:

"Früher hatte die belarussische Regierung Angst davor, keinen wichtigen Platz in der russischen Außenpolitik einzunehmen. Damals dominierte die Meinung, dass der Westen ein Feind der slawischen Völker sei. Die Ukraine, Belarus und Russland ihrerseits müssten eine Union bilden und die Außenpolitik dieser Union müsse genauso stark sein, wie es die Außenpolitik der UdSSR einst war. Jetzt hat sich diese Meinung geändert. Präsident Alexander Lukaschenko rechnet inzwischen fest damit, dass die Isolation Weißrusslands in Europa nicht so streng wie früher wird. Und vielleicht hofft er sogar darauf, dass Deutschland dem Land hilft, diese Isolation zu überwinden."

Tatsächlich ist Deutschland sehr aktiv in Belarus - auch wenn dieses Engagement nicht immer auf Gegenliebe stößt. Eine Vielzahl deutscher Nichtregierungsorganisationen kümmert sich um die Opfer der Atomkatastrophe von Tschernobyl, mit deren Folgen Belarus bis heute zu kämpfen hat. So ist ein effizientes Netzwerk zwischen den Gesellschaften entstanden. Dennoch wird Deutschland nicht aus der gemeinsamen europäischen Außenpolitik gegenüber Belarus ausscheren.

Noch hat Europa keine Antwort darauf gefunden, wie mit dem Regime von Präsident Lukaschenko umzugehen ist. Die seit 1997 konsequent betriebene Isolationspolitik habe wenig gebracht - dieser Meinung sind immer mehr westliche Experten. Im Herbst des vergangenen Jahres wurde Lukaschenko in seinem Amt bestätigt. Und auch wenn das offizielle Ergebnis von rund 75 Prozent aufgrund vieler Unregelmäßigkeiten von der Internationalen Gemeinschaft nicht aberkannt wird, so gilt doch als sicher, dass Lukaschenko auch ohne Wahlfälschungen eine Mehrheit für sich hätte verbuchen können. Der belarussische Präsident bleibt also weitere fünf Jahre im Amt. Und der Westen muss sich eine neue Strategie überlegen, wie er mit dem autoritären Regime, das die europäischen Standards im Hinblick auf Menschenrechte und Zivilgesellschaft mit Füßen tritt, umgehen wird. Die belarussische Seite fordert schon lange eine "Neuaufgabe" der gegenseitigen Beziehungen. Außenamtssprecher Latuschko:

"Die Politik der Isolation war äußerst primitiv, sie entsprach nicht dem intellektuellen Niveau Europas. Europa hat den einfachsten Weg genommen, nämlich alle Türen und Fenster zu schließen. Die erste Reaktion auf unsere Entwicklungen war: Belarus ist ein seltsamer Staat, der auf eine seltsame Weise entstanden ist und sicher bald in der Russischen Föderation aufgehen wird. Deshalb habe es keinen Sinn, eigenständige und produktive Beziehungen zu Belarus aufzubauen."

Von diesem schlechten Image will Belarus nun weg. Lukaschenko lässt keine Gelegenheit aus, zu betonen, dass Belarus ein zuverlässiger Partner für die Europäer sein wolle. Die Republik mache "Europa keine Probleme", erklärte Lukaschenko vor westlichen Diplomaten. "Von uns gehen weder Konflikte noch Terrorismus aus. Weißrussland gewährleistet alle Interessen Europas, nicht nur im Land selbst, sondern auch in den Beziehungen zu den Nachbarstaaten".

In der politischen Praxis ist von diesem Sinneswandel jedoch noch wenig zu spüren: das offizielle Minsk sucht die Konfrontation in vielen Bereichen. Aktuelles Beispiel ist der Streit um die seit 1998 in Minsk tätige OSZE-Mission, welche die Situation der Menschenrechte im Land beobachten soll. Bisher akzeptiert die weißrussische Seite den designierten Missionsleiter, den deutschen Diplomaten Eberhard Heyken, nicht. Sie wirft der OSZE Unterstützung der Opposition vor, bezichtigt sie zuweilen aber auch

der Spionage. Minsk möchte zunächst über den Zuschnitt des OSZE-Mandats sprechen und die Aufgaben der OSZE nach eigenen Wünschen beschneiden.

Schikanen dieser Art gibt es viele. Auch aus diesem Grund lehnen EU-Diplomaten eine grundlegende Änderung der Isolationspolitik gegenüber Belarus zur Zeit ab. Ihre Argumente: Die Neuwahl von Präsident Alexander Lukaschenko im vergangenen September habe europäischen Standards nicht entsprochen, hinreichende Schritte in Richtung Demokratisierung seien unterblieben.

Die deutsche Seite setzt sich jedoch - in enger Abstimmung mit der EU – für eine Politik der "proportionalen Schritte" ein. So sind im Bundeshaushalt 2002 erstmals wieder rund 2,3 Millionen Euro als Fördermittel vorrangig für soziale und wirtschaftliche Projekte eingestellt. Auch der Rahmen für Hermes-Bürgschaften wurde aufgestockt. Doch nun erwartet man konkrete Schritte von Minsk - nicht nur Lippenbekenntnisse.

Belarus hingegen ist zu keinerlei Zugeständnissen bereit. Minsk fordert vielmehr einen völligen Neuanfang, ohne die komplizierte Geschichte der bilateralen Beziehungen erneut aufzurollen. Europa müsse endlich aufhören, Belarus zu ignorieren, fordert Außenamtssprecher Latuschko:

"Von der Europäischen Union erwarten wir, dass die EU die Hürde beseitigt, die sie selbst uns gestellt hat, nämlich die Entscheidungen, die 1997 getroffen wurden - über die Begrenzung der Kontakte der EU-Länder mit Weißrussland - revidiert. Wir fordern nichts, sondern schlagen vor, einen Dialog zu beginnen, uns gemeinsam zu treffen. Dann werden wir auch gemeinsame Ziele finden, über die dann gesprochen werden sollte."

Das wichtigste Hindernis auf dem Weg einer Annäherung an Europa ist der Präsident selbst. Durch seine Repressionen gegenüber kritischen Stimmen in Politik und Medien hatte das Regime Lukaschenko auch im Westen für Schlagzeilen gesorgt. Der weißrussische Präsident steht unter dem Verdacht, durch Mordkommandos - so genannte Todesschwadronen - gezielt Oppositionelle ermordet zu haben, unter anderem den russischen Journalisten Sawadski. Lukaschenko verlängerte seine Amtszeit eigenmächtig, baute die Vollmachten des Präsidentenamtes weiter aus. Inzwischen steuert er die Entscheidungen der drei Gewalten im Land und nimmt massiv Einfluss auf die Besetzung aller wichtigen Posten. Von den 110 Abgeordneten im jetzigen belarussischen Parlament gehören nur zwei (!) Oppositionsparteien an. Auch unabhängige Medien gibt es in Belarus nur wenige - kein Wunder, denn ihnen fehlt die wirtschaftliche Basis und die politische Unterstützung.

Ein Beispiel ist der Zeitungsmarkt: Bei den staatlichen Blättern subventioniert der Staat Druck und Vertrieb - die privaten hingegen bringen die horrenden Kosten für die Produktion kaum auf. Gleich nach der Präsidentschaftswahl wurde der Druck auf die Medien weiter erhöht. Die im Westen des Landes herausgegebene Zeitung "Pagonya" - eines der ganz wenigen unabhängigen Blätter, das seit der Unabhängigkeit des Landes existierte - musste schließen.

Noch während des Wahlkampfes zu den Präsidentschaftswahlen hatte es Verleumdungskampagnen gegen den Kandidaten der Opposition gegeben. Der Zugang der Kandidaten zu den Medien wurde streng reguliert. Ganze Militäreinheiten, Fakultäten oder das Personal von Krankenhäusern wurden geschlossen zur Wahl geschickt. Bei diesen sogenannten "organisierten Wahlen" kam Lukaschenko auf 75 Prozent der Stimmen - ein Ergebnis, das an sowjetische Zeiten erinnert. Vieles deutet darauf hin, dass Lukaschenko diese stalinistischen Methoden des Machterhalts weiter ausbauen wird.

Gleichzeitig, das darf der Westen nicht außer Acht lassen, erfreut sich Lukaschenko großer Popularität - vor allem auf dem Land. Er spricht die Sprache der einfachen Leute.

"Es gefällt den Leuten, wie hart Lukaschenko mit dem Westen umgeht und wie freundlich er zu Russland ist. Ihnen gefällt, dass er genauso ein einfacher Mensch ist wie sie selber. Ihnen gefällt, dass er regelmäßig Staatsbeamte feuert, die er selbst eingestellt hat. Man kann nicht sagen, dass die Leute ihn nicht unterstützen."

Das wichtigste Argument für Lukschenko ist die relative Stabilität, in der die meisten Menschen in Belarus leben. Das wissen vor allem die Rentner zu schätzen, deren Pensionen bei etwa zwanzig Euro liegen und regelmäßig gezahlt werden. Das ist viel wert, meinen die Menschen in Belarus und verweisen auf den Nachbarn Ukraine, wo die Rente nur halb so hoch ist und oft nicht einmal ausgezahlt wird.

Auch Jüngere, wie der 43-jährige Alexander honorieren das. Mit westlichen Augen ist von dieser Stabilität

jedoch wenig zu sehen: Alexander wohnt in einem der heruntergekommenen Plattenbauten in einem Vorort von Minsk. Die Dreizimmerwohnung auf der achten Etage ist eng. Alexander lebt hier mit seiner Frau Lena, seinen zwei fast erwachsenen Kindern und dem Schwiegervater, der im Krieg noch gegen die Deutschen gekämpft hat. Ein Auto haben sie inzwischen, aber Urlaub sei nicht drin. Doch alles in allem gehe es ihnen doch gut, meint Alexander und erklärt, warum er den Präsidenten unterstützt.

"Wir spüren keine Unterschiede. Unser Leben heute ist genauso wie früher. Aber ich bin zufrieden. An den Präsidentschaftswahlen konnte ich nicht teilnehmen, weil ich in dieser Zeit nicht da war, aber ich hätte meine Stimme Lukaschenko gegeben. Der Mann gefällt mir. Mein Leben hat sich doch verbessert. Ich konnte mir ein Auto kaufen. Die Hauptsache ist doch, dass es bei uns keinen Krieg gibt und unsere Kinder keine Angst haben, in die Schule zu gehen. Ich arbeite drei Tage und habe dann drei Tage frei. (...) Ich habe früher umgerechnet ca. 100 Dollar verdient, jetzt verdiene ich 250 Dollar."

Und Lena sagt dazu:

"Ich bin inzwischen selbständig. Früher verdiente ich als Erzieherin im Kindergarten ungefähr 30 Dollar. Jetzt verdient man dort 50 bis 70 Dollar."

Viele denken so wie Alexander und Lena. Sie sind schon zufrieden damit, dass Renten und Stipendien regelmäßig gezahlt werden, auch wenn sie gering sind. In der Ukraine und in Russland ist das nicht immer der Fall. Auch für die Bildung der Kinder sei gesorgt, meint Lena:

"Für die Schule müssen wir nicht zahlen. Unsere Tochter hat sehr gute Noten gekriegt. Wenn die Noten schlechter wären, müssten wir zahlen: 600 bis 1000 Dollar jährlich. Und wenn unsere Tochter weiterhin genauso gut lernt, wird der Staat ihr auch einen guten Job besorgen."

Alexander ist als Arbeiter in einem Fliesenwerk angestellt, und das schon seit mehr als zwanzig Jahren. In dieser Zeit hat sich sein Einkommen verdreifacht. Dafür könne er sich aber nicht viel kaufen, wendet er ein:

"Das bedeutet nicht, dass ich jetzt mit 300 Dollar besser lebe als früher mit 100 Dollar. Denn früher konnte ich für 100 Dollar mehr kaufen. Das Leben wird schneller teurer als ich mit meinem Gehalt nachkomme."

Im vergangenen Jahr hat Alexander eine Gehaltserhöhung bekommen. Das war kurz vor den Wahlen - ein Wahlgeschenk Lukaschenkos. In dem von ihm geschaffenen sogenannten "Marktsozialismus" kontrolliert der Staat immer noch die Preise, aber auch das Management privatisierter Betriebe. Auch Alexander sieht, wie sich in seinem Werk Plan- und Marktwirtschaft mischen - ohne dass die breite Masse der Beschäftigten davon etwas merkt. Die Strippenzieher und Profiteure im Hintergrund bleiben unsichtbar. Doch habe diese Entwicklung in der Fabrik für kleine Fortschritte gesorgt. Manches habe sich dadurch zum Besseren gewandelt, meinen Alexander und sein Arbeitskollege Sergej:

"Meine Arbeitsbedingungen sind besser geworden. Unsere Fabrik produziert Ziegel, Kacheln und so weiter. Sie hat jetzt neue Maschinen und wir verdienen auch mehr. Die Gehälter werden regelmäßig bezahlt."

"Früher arbeiteten in dem Werk sehr viele Leute, die anstelle einer Gefängnisstrafe zur sogenannten 'Chemie-Arbeit' verurteilt wurden. Jetzt aber stellt unsere Fabrik nicht jeden Bewerber, der bei uns arbeiten will, ein."

"Aus der Fabrik ist eine Aktiengesellschaft geworden. Die meisten Aktien haben unsere Chefs natürlich. Die Arbeiter haben ca. 50 - 100 Aktien, die Chefs - 1000, 3000 und mehr. Unsere Chefs können sich ein schönes Leben leisten, ohne dafür zu arbeiten."

Das erinnert nicht von ungefähr an die unkontrollierten Privatisierungen im Russland der frühen neunziger Jahre, als Unternehmer Betriebe kauften und verkauften, ohne einen Rubel zu investieren und sich dabei die eigenen Taschen füllten. Doch macht die belarussische Führung große Versprechungen, was ihren wirtschaftlichen Reformeifer angeht. Auch Außenamtssprecher Latuschko tut das:

"Die belarussische Führung ist bereit, Wirtschaft und Gesellschaft weiter zu liberalisieren. Die Wirtschaftsreformen, die wir geplant haben, werden für unsere Gesellschaft nicht unerwartet sein."

Sie sind eine logische Fortsetzung der Politik unserer Regierung. Belarus hat auch nie erklärt, dass es die Marktwirtschaft nicht anerkennt. Aber nach dem Zerfall der Sowjetunion, als sehr viele Großbetriebe auf weißrussischem Boden standen, war es eben nicht möglich, Reformen in demselben Tempo durchzuführen, wie es in wesentlich kleineren Staaten der Fall war."

Latuschko malt die Reformanstrengungen in Belarus in den rosigen Farben:

"In den vergangenen Jahren ist es uns gelungen, die Wirtschaftslage zu stabilisieren. Wir haben ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes, das auch von den internationalen Organisationen bestätigt wird. Uns ist es auch gelungen, den Kurs des belarussischen Rubels zu stabilisieren. Das ermöglichte uns, die Grundlage für weitere Schritte in Richtung Marktwirtschaft zu schaffen."

Die Wirklichkeit sieht anders aus: Ein knappes Viertel der Bevölkerung lebt nach Angaben der Weltbank unterhalb der Armutsgrenze. Aus der ehemals fortschrittlichsten der Sowjetrepubliken ist ein Armenhaus geworden, in dem die Menschen durchschnittlich 100 Dollar im Monat verdienen. Der Internationale Währungsfonds schätzt die verdeckte Arbeitslosigkeit auf rund zehn Prozent.

Auch Alexander hält von den wirtschaftlichen Versprechen der Politiker wenig:

"Ich denke, dass Lukaschenko sein Versprechen, Weißrussland in Richtung einer Marktwirtschaft zu verändern, nicht halten wird. Ich glaube nicht, dass er das macht. In unserer Fabrik ist es besser geworden, aber sie ist nicht typisch. Anderen Leuten geht es schlechter. Es wird keinen Markt geben."

Alexander kommt aus dem Gebiet Brest. Auch seine Frau Lena stammt aus dem Westen des Landes. Sie fühlt sich als Europäerin, ist für die Zusammenarbeit von Belarus nicht nur mit Russland, sondern auch mit anderen Ländern. Mit Polen zum Beispiel. Oder mit Deutschland. Oder Lettland. Ihr Mann hingegen sieht die herannahenden EU-Grenzen und die künftige neue Nachbarschaft von Belarus und der EU mit Gleichgültigkeit:

"Wenn die EU näher zu uns kommt, wird das letztendlich nichts ändern. Es wird aber auch nichts schlechter dadurch. Mir ist das egal. Ob Russland der NATO beitrifft oder nicht - Hauptsache es gibt keinen Krieg. Ich will, dass Russland die gleichen Rechte hat wie die USA und dass beide Länder einander freundlich gesinnt sind. Viele meiner Bekannten sind in die USA ausgewandert. Sie verdienen dort viel Geld und besitzen sehr viel. Und sie laden uns ein. Ich bin aber auch hier zufrieden. Ich würde mir gerne die Welt angucken, später aber zurückkehren."